

## European Social Survey: COVID-19

Wer bezahlt die Krise? Was liegt in Verantwortung der Regierung? Wie schlägt sich die Corona-Pandemie in der persönlichen Arbeitswelt nieder?

Diese und weitere Fragen zu sozialen, ökonomischen und politischen Einstellungen, Verhaltensmustern und beruflichen Veränderungen der österreichischen Bevölkerung während der COVID-19-Pandemie thematisiert der European Social Survey (ESS). Eine Auswahl lesen Sie hier, weitere Informationen finden Sie dazu auf der Website <http://www.europeansocialsurvey.org/about/country/austria/>

### Persönliche Arbeits-Situation aufgrund von COVID-19

#### Arbeitsplatzverlust, weniger Arbeitszeit, weniger Gehalt

Die COVID-19-Pandemie hat erhebliche Auswirkungen auf die Arbeits-Situation in Österreich. Gekündigt bzw. ihren Arbeitsplatz verloren haben neun Prozent der Befragten im Alter von 15-64 Jahren im Zuge der COVID-19-Pandemie. Frauen sind dabei etwas stärker betroffen als Männer. Etwas mehr als jede:r zehnte Befragte im erwerbsfähigen Alter (12%) musste aufgrund der COVID-Krise eine Reduktion des Gehalts/Lohns hinnehmen. Insbesondere Personen zwischen 15 und 29 Jahren (13%) und Personen zwischen 30 und 44 Jahren (16%) waren davon betroffen. Bei jeder zehnten befragten Person kam es zu einer Reduktion der Arbeitszeit. Wiederum waren speziell die Jüngeren zwischen 15 und 29 Jahren (15%) betroffen. Knapp drei Prozent der Befragten mussten während der Pandemie unbezahlten Urlaub nehmen.

#### Fast jede fünfte Person in Kurzarbeit oder Homeoffice

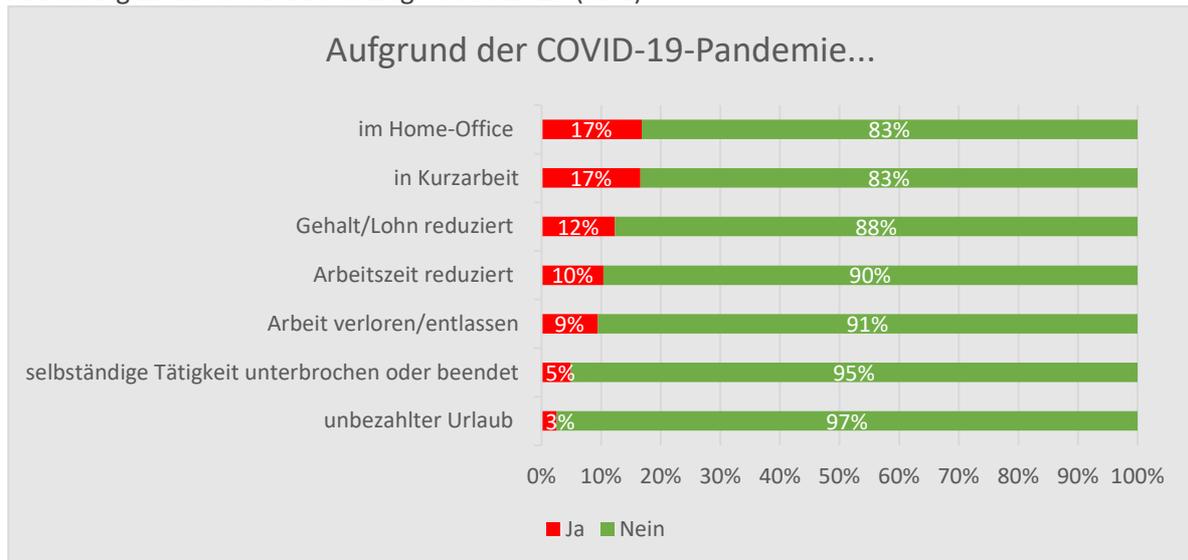
17% der Befragten wurden im Zuge der Pandemie in Kurzarbeit geschickt. Männer, Personen im Alter zwischen 30 und 44 Jahren und Personen mit mittlerem Einkommen waren überproportional häufig in Kurzarbeit.

Fünf Prozent der Befragten waren gezwungen, pandemiebedingt eine selbständige Tätigkeit unterbrechen oder beenden zu müssen. Dies traf vor allem Menschen mit einem tertiären Bildungsabschluss bzw. mit einem hohen Einkommen.

17% der österreichischen Bevölkerung zwischen 14 und 64 Jahren waren aufgrund der Pandemie im Homeoffice tätig. Diese Änderung im Arbeitsleben betraf insbesondere Jüngere im Alter von 15 bis 29 Jahren, Personen mit tertiärem Bildungsabschluss und Bezieher:innen hoher Einkommen. Etwa elf Prozent der Befragten im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren gaben an, seit Beginn der Pandemie zu keiner Zeit erwerbstätig gewesen zu sein.

Ein Drittel der Befragten war während der Pandemie von keiner der hier angegebenen Einschränkungen oder Umstände betroffen.

Abbildung 1: Arbeitssituation wegen COVID-19 (in %)



Quelle: ESS, Sondererhebung COVID-19, Juli-August 2021 (ohne Kategorie keine Angabe); Grafik: BMSGPK

## Wie wirkte sich COVID-19 auf Einkommen und Vermögen aus?

Um die sozialen Folgen der Krise einschätzen zu können, wurden hinsichtlich Einkommens- und Vermögenseinbußen Fragen gestellt, die die Einschätzungen der Befragten sowohl zu Vergangenheit, Gegenwart als auch Zukunft umfassen:

### Rund 3/4 sehen Zunahme von Vermögens- und Einkommensunterschieden

73% der Befragten meinen, dass Einkommensunterschiede seit Beginn der COVID-19-Pandemie im März 2020 zugenommen haben; 30% davon denken, diese hätten stark zugenommen. 20% der Befragten sehen keine Änderung bei Einkommensunterschieden.

Ähnliche Ergebnisse zeigt die Frage, ob Vermögensunterschiede seit Beginn der COVID-19-Pandemie im März gestiegen seien: Knapp drei Viertel (74%) der Befragten bejahen dies, ein Fünftel (20%) ist der Meinung, diese seien gleichgeblieben.

### Prekäre Einkommenssituation für ein Viertel der Haushalte?

Das monatliche verfügbare Netto-Haushaltseinkommen hat sich im Vergleich zur Zeit vor der COVID-19-Pandemie für 60% nicht verändert. Bei rund einem Fünftel hat es abgenommen, bei weiteren neun Prozent der Befragten sogar stark abgenommen, bei jeder zehnten Person zugenommen, wobei hier besonders Personen aus Haushalten mit mittlerem (20%) und höherem (19%) Haushaltseinkommen eine Steigerung verzeichnen.

Knapp die Hälfte der Befragten kommt mit der derzeitigen Einkommenssituation ihres Haushalts zurecht, 24% können bequem leben, aber 19% kommen nur schwer bzw. sieben Prozent sehr schwer zurecht. Letztes betrifft v.a. Personen mit geringem Einkommen oder mit lediglich einem Pflichtschulabschluss.

## **Zwei Drittel glauben an stabile Haushaltsfinanzen im nächsten Halbjahr**

Verglichen mit der finanziellen Situation des Haushaltes sechs Monate vor der Befragung (d.h. Oktober 2020) sehen 59% keine Veränderung, jedoch 19% eine etwas schlechtere bzw. sieben Prozent eine schlechtere Situation. Eine ähnliche Einschätzung zeigt sich auch für die zukünftige Situation in sechs Monaten, wobei hier 62% eine Stabilität ihrer Situation sehen, jedoch jede:r Fünfte eine Verschlechterung erwartet (darunter sieben Prozent deutlich schlechter). An eine deutliche Verbesserung glauben dagegen lediglich zwei Prozent.

Ausschlaggebend für diese Einschätzung ist auch die Arbeitsplatzsituation: 58% sehen überhaupt keine bzw. 21% keine Wahrscheinlichkeit eines Verlustes des Arbeitsplatzes in den nächsten drei Monaten. Für 13% ist eine mittlere Wahrscheinlichkeit gegeben, vier Prozent denken, dass sie äußerst wahrscheinlich den Arbeitsplatz verlieren werden.

## **Wer soll die Kosten Corona-Krise finanzieren?**

### **Mehr als 80 Prozent für höhere Besteuerung von Unternehmen mit hohen Gewinnen**

Im Rahmen der Sondererhebung wurde die Meinung zu unterschiedlichen Finanzierungsquellen abgefragt, die zur Deckung der Pandemiekosten in Betracht gezogen werden könnten.

Auf die größte Zustimmung stieß eine höhere Besteuerung von Unternehmen, die hohe Gewinne aufweisen und bisher in Österreich wenig Steuern zahlen: Über 80% der Befragten stimmten dem Vorschlag zu. Die meiste Zustimmung gab es dabei von Personen mit mittleren oder höheren Einkommen (jeweils 85%).

### **Mehr als zwei Drittel für Finanzierung der Krisenkosten durch die obersten zehn Prozent der Haushalte mit höchstem Vermögen**

Fast drei Viertel (73%) stimmen der Einführung einer Vermögenssteuer für jene zehn Prozent der Personen/Haushalte mit den höchsten Vermögen zu. Die meiste Zustimmung gibt es hier bei Personen mit Lehre oder mittlerem Bildungsabschluss sowie bei Menschen mit tertiären Abschlüssen bzw. mit mittleren und niedrigen Einkommen. Immerhin noch 65% der Personen mit höheren Einkommen stimmen dem ebenso zu.

Ca. 67% befürworten das Einheben einer einmaligen Vermögensabgabe für jene zehn Prozent der Personen/Haushalte mit höchstem Vermögen. 64% sehen in der Einführung einer Erbschaftssteuer für jene zehn Prozent der Personen/Haushalte, die über die höchsten Erbschaften verfügen, ein geeignetes Mittel. Sowohl bei Erbschaftssteuer als auch bei der einmaligen Vermögensabgabe stimmen die Befragten, unabhängig von ihrem Bildungsabschluss oder Einkommen, mehrheitlich zu.

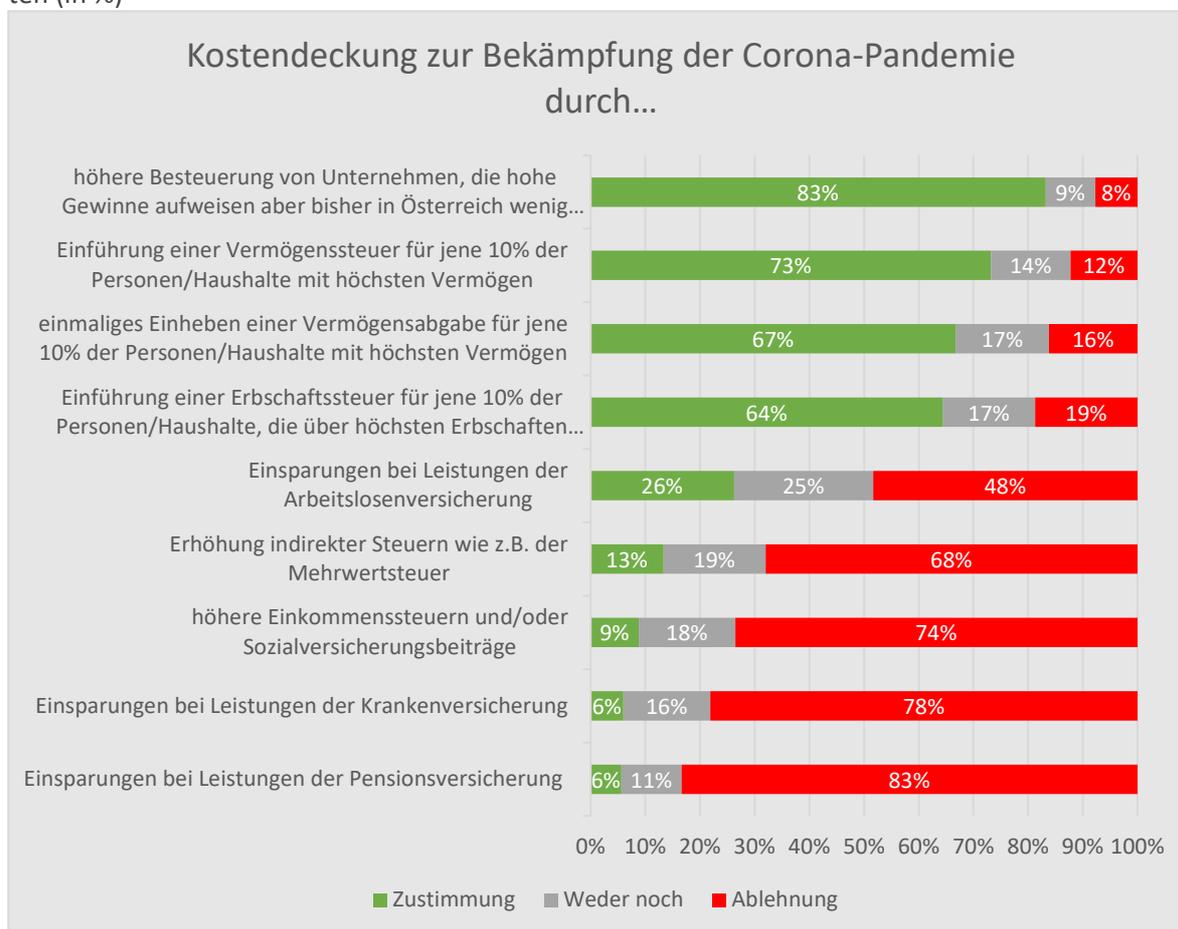
## Sehr hohe Ablehnung für Einsparungen bei Krankenleistungen und Pensionen sowie Anhebung von indirekten Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen

Auf relativ wenig Zustimmung stoßen hingegen Einsparungen bei Leistungen der Pensionsversicherung und Einsparungen bei Leistungen der Krankenversicherung. Dies lehnet mit 83% bzw. 78% eine klare Mehrheit ab.

Deutlich geringer mit nur mehr knapp 48% ist die Ablehnung von Einsparungen bei Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Diesem Vorschlag stimmen 26% auch zu, dies betrifft v.a. Männer und Menschen mit höherem Einkommen.

Eine hohe Ablehnung gibt es außerdem für höhere Einkommenssteuern und/oder Sozialversicherungsbeiträge und eine Erhöhung indirekter Steuern wie z.B. der Mehrwertsteuer. Dies wird von 74% bzw. 68% der Befragten abgelehnt.

Abbildung 2: Einschätzung möglicher Finanzierungsquellen der entstandenen COVID-19-Krisenkosten (in %)



Quelle: ESS Sondererhebung COVID-19, Juli-August 2021, ohne Antwortkategorie „keine Angabe“, die Antwortkategorien „stimme stark zu“ und „stimme zu“, sowie „lehne ab“ und „lehne stark ab“ wurden aggregiert. Grafik: BMSGPK

# Wie zufrieden ist die Bevölkerung mit den COVID-19-Maßnahmen der Regierung und welche Verantwortung hat diese grundsätzlich?

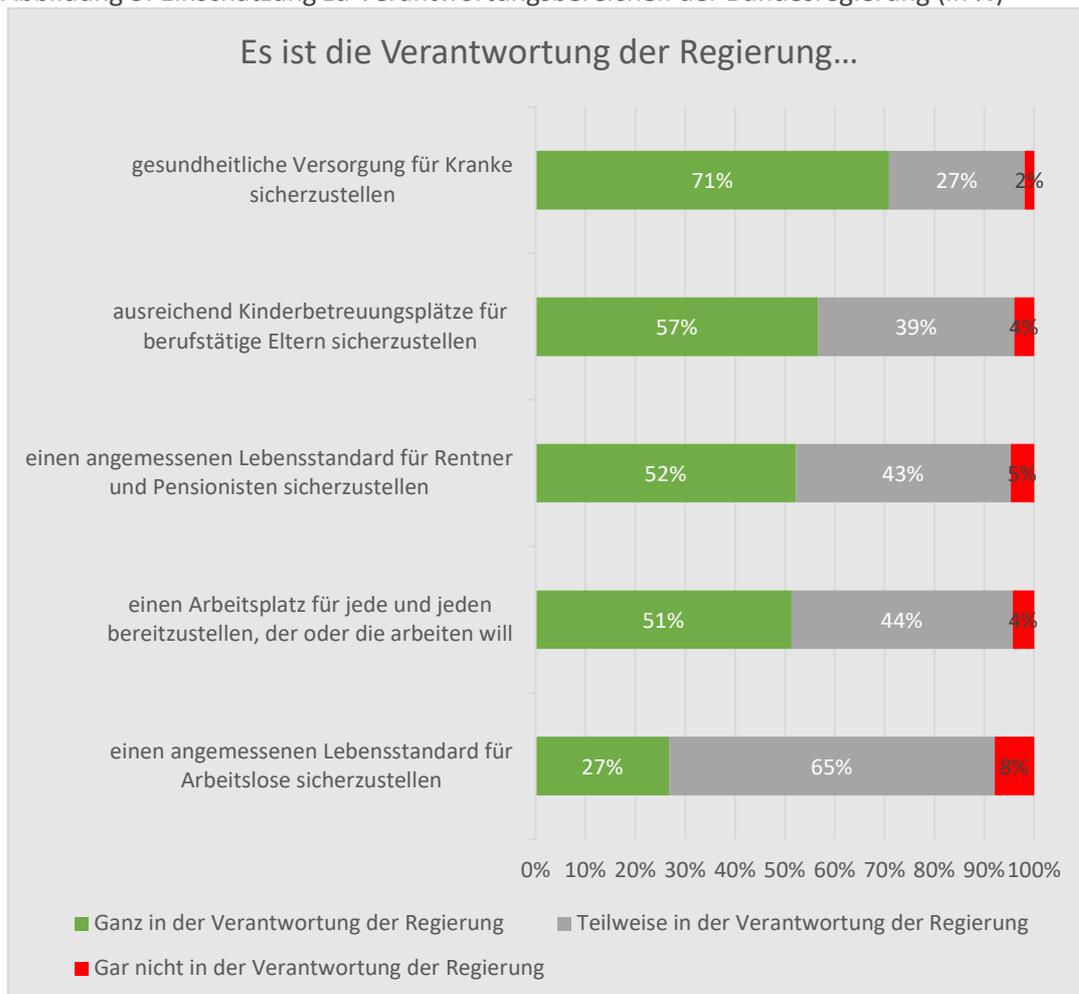
## Pandemie-Performance der Regierung

Zur Performance der Bundesregierung in der Pandemie herrscht noch keine klare Meinung innerhalb der Bevölkerung; die Mehrheit ist mit den Maßnahmen der Bundesregierung weder unzufrieden noch zufrieden.

## Kernthemen: Gesundheitspolitik, Pensionen und Arbeitsplätze

Klarer gestalten sich dahingegen die Meinungen, wofür die Bundesregierung Verantwortung tragen soll: Mehr als zwei Drittel nennen die Gesundheitsversorgung für Kranke, mehr als die Hälfte sehen die Regierung in Verantwortung für Pensionen und die Bereitstellung von Arbeitsplätzen, weniger als ein Drittel geben an, dass die Regierung verantwortlich sei, einen angemessenen Lebensstandard für Arbeitslose sicher zu stellen.

Abbildung 3: Einschätzung zu Verantwortungsbereichen der Bundesregierung (in %)



Quelle: ESS, Sondererhebung COVID-19, Juli-August 2021 (ohne Kategorie keine Angabe); Grafik: BMSGPK

## Infobox für weitere

### ESS-COVID-19 – die Befragung:

- Mehr Information zur ESS-Befragung COVID-19 (Juli/August 2021) finden Sie auf <http://www.europeansocialsurvey.org/about/country/austria/>
- Diese außertourliche Befragung/Studie wurde im Rahmen der gemeinsamen Forschungsförderung des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz und dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung vom ESS (Welle 10) finanziert.
- 1.500 Telefoninterviews repräsentativ für in Österreich lebende Personen über 16 Jahren (Computer-Assisted-Web-Interview (CAWI) 70%, Computer-Assisted-Telephone-Interviewing (CATI) 30%, v.a. Personen 60+).

### Impressum

**Medieninhaber und Herausgeber:** Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK), Stubenring 1, 1010 Wien

Redaktion: Abteilung V/B/4, Sozialpolitische Grundlagen und Forschungsangelegenheiten

**Verlags- und Herstellungsort:** Wien

**Stand:** 31. August 2021